

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anja Hajduk, Anna Lührmann, Cornelia Behm und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3110, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)**

**hier: Einzelplan 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die in Einzelplan 10 Kapitel 10 03 enthaltene Titelgruppe 01 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ist um 50 Mio. Euro zu erhöhen und auf einen Titelanatz von 665 Mio. Euro zu bringen.

Berlin, den 21. November 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft stellt die ländlichen Räume vor besondere Herausforderungen und Probleme. Obwohl die Landwirtschaft nach wie vor das Rückgrat der ländlichen Räume ist, bietet sie aufgrund der Produktivitätsfortschritte einen immer geringeren Teil an Arbeitsplätzen – und zwar auch dann, wenn die Flächen vollständig weiter bewirtschaftet werden. Damit diese Regionen wirtschaftlich intakt bleiben und Abwanderung und Bevölkerungsrückgang vermieden werden, müssen für sie neue wirtschaftliche Perspektiven entwickelt werden und neue Arbeitsplätze jenseits der traditionellen Landwirtschaft entstehen. Um die ländlichen Räume bei diesen Veränderungen zu unterstützen bedarf es einer veränderten Förderpolitik.

Die pauschale Vergabe von Subventionen ist überholt. Förderfähig sollen künftig Projekte sein, die entweder langfristig in der Lage sind, selbsttragende Strukturen aufzubauen oder die klar benennbare gesellschaftliche Leistungen erbringen.

Konkret bedeutet das für die Förderpolitik der ländlichen Regionen, dass neben einer reinen Agrarförderung auch andere Aspekte gestärkt werden, wie die nachhaltige Lebensmittelproduktion, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien, Tourismus, modernes Handwerk und Dienstleistungen. Die Stärkung dieser Aspekte sind der Dreh- und Angelpunkt für die Diversifizierung der Landwirtschaft und neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Die ab 2007 anstehenden Kürzungen bei der zweiten Säule der europäischen Agrarförderung aus dem sog. Merkel-Kompromiss des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs im vergangenen Jahr und die zusätzlich von der Bundesregierung im Haushalt 2006 vorgenommenen Kürzungen um 50 Mio. Euro bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes führen zu einem Kahlschlag in den ländlichen Räumen. Der Titelantrag der GAK wird von der Bundesregierung auch für 2007 auf diesem niedrigen Niveau beibehalten. Somit wird den ländlichen Räumen die Grundlage entzogen sich den verändernden Gegebenheiten anzupassen. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert für die kommenden Haushalte eine Kompensation der wegfallenden EU-Mittel auf nationaler Ebene zu schaffen.